

STADT. LAND. PLAN.

Wohnungspolitik. In München kann sich trotz Mietpreisbremse kein Normalsterblicher mehr eine Wohnung leisten, Berlin platzt aus allen Nähten. Anderswo gibt es steigende Leerstände und Abwanderung. Welche Wohnungspolitik wieder eine bessere Balance zwischen Stadt und Land schafft, worin das Geheimnis prosperierender ländlicher Regionen liegt und warum die Deckelung der Modernisierungsumlage nicht hilft, zeigt unser Immobilienschwerpunkt.

—> [Seiten 2-7](#)

Handelspolitik

Die USA verhängen Strafzölle auf Stahl und Aluminium, die EU keilt mit Abgaben auf Motorräder und Bourbon zurück. Was kommt als Nächstes?

—> [Seiten 8-9](#)

AfD-Wähler

Anhänger der rechtspopulistischen Partei stammen nicht automatisch aus wirtschaftlich schwachen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, wie eine IW-Analyse zeigt.

—> [Seite 10](#)

Schöner wohnen auf dem Land

Schrumpfende Regionen. In der Wohnungspolitik dreht sich derzeit alles darum, die Bautätigkeit anzukurbeln, um steigende Mieten und Immobilienpreise in den Griff zu bekommen. Für viele ländliche Regionen, die schon jetzt unter dem demografischen Wandel leiden, sind Förderprogramme wie das Baukindergeld jedoch kontraproduktiv. Es gibt bereits bessere Ideen.

1,5 Millionen neue Wohnungen hat sich die Große Koalition auf die Fahnen geschrieben, um Wohnungsknappheit und explodierende Mieten sowie Immobilienpreise in den Griff zu bekommen. Richten sollen es die Ausweisung von mehr Bauland und das Baukindergeld: Pro Kind will der Staat Familien, die maximal 75.000 Euro Jahreseinkommen versteuern, über zehn Jahre jährlich 1.200 Euro zum Immobilienerwerb dazugeben.

Tatsächlich würde diese Wiederbelebung der Eigenheimzulage in

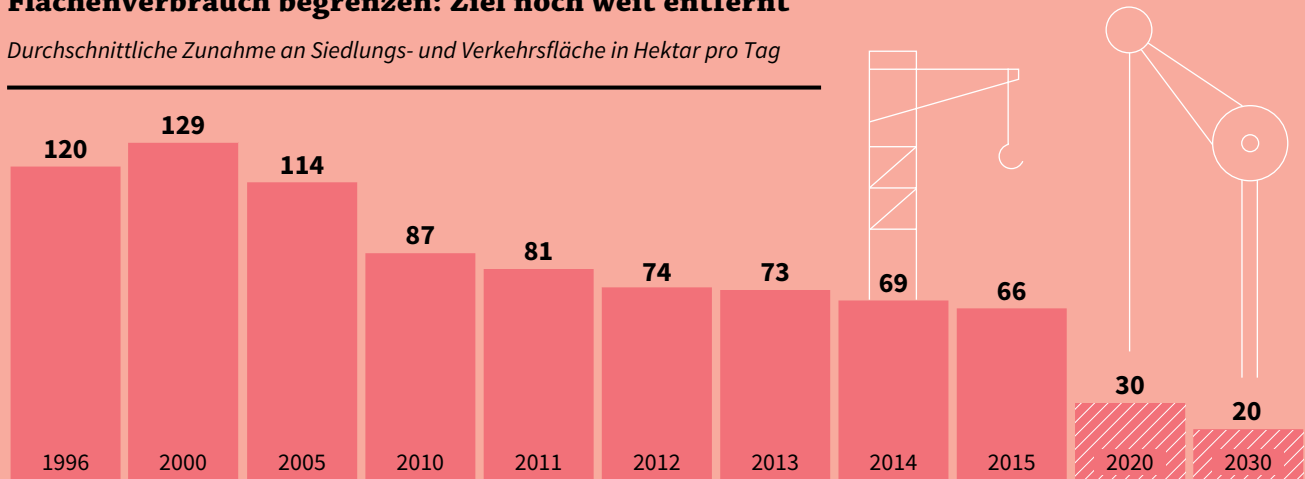
Kombination mit einem gelockerten Freiflächenschutz wohl die Bautätigkeit ankurbeln – allerdings nicht da, wo es nötig wäre. Eine solche Förderpolitik mit der Gießkanne wird regionalen Unterschieden nicht gerecht – und dem regelrecht gespaltenen Wohnungsmarkt schon gar nicht. Denn während die Wohnungsnot in den Städten immer größer wird, steigt in vielen ländlichen Regionen der Leerstand.

Die Crux beim Baukindergeld: Da absolute Beträge festgesetzt wurden,

bringt es gerade dort etwas, wo Immobilien ohnehin vergleichsweise günstig sind, nämlich in den schrumpfenden ländlichen Regionen. Für die Bürgermeister ist das ein Anreiz, mehr Bauland auszuweisen, um Familien anzulocken, die sich die Förderung nicht entgehen lassen wollen. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) wird jedoch in vielen Landstrichen schon jetzt weit über den demografischen Bedarf hinaus gebaut, vor allem an den nordöst-

Flächenverbrauch begrenzen: Ziel noch weit entfernt

Durchschnittliche Zunahme an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hektar pro Tag



2020, 2030: Zielwerte der Bundesregierung und des Umweltbundesamts

Quellen: Statistisches Bundesamt, Umweltbundesamt
© 2018 IW Medien / iwd

lichen und nordwestlichen Rändern der Republik sowie in Nordrhein-Westfalen (siehe iwd 15/2017). Das ist auch deshalb ein Problem, weil der Flächenverbrauch in Deutschland noch immer viel zu hoch ist (Grafik Seite 2):

Im Jahr 2015 wuchs die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland jeden Tag um 66 Hektar – Ziel der Bundesregierung ist, den Schwund von Natur und landwirtschaftlicher Nutzfläche bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen.

Wenn die Siedlungsfläche zu stark zunimmt, geht dies aber nicht nur auf Kosten der Umwelt, sondern ist in Gegenden mit rückläufigen Einwohnerzahlen auch ein teurer Luxus für die Allgemeinheit. Verteilen sich doch die Kosten der Infrastruktur – Straßen, Strom- und Datenleitungen, Wasserversorgung und -entsorgung sowie die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr – auf immer weniger Köpfe.

Außerdem setzt sich ein Teufelskreis in Gang: Die Kommunen verkaufen ja nur deshalb so günstig Bauland, weil sie neue Einwohner gewinnen oder eingesessene Bürger vom Umzug abhalten wollen. Doch wenn die jungen Familien dann aus ihrem Elternhaus im Ortskern von Gemeinde A ins Neubaugebiet von Nachbargemeinde B ziehen, ist für die gesamte Region wenig gewonnen. Der Leerstand wächst weiter, die Dorf- und Kleinstadtzentren werden immer unattraktiver und es treibt noch mehr Menschen in die Groß- und Universitätsstädte.

Doch wie sieht sie aus, die richtige Wohnungspolitik für schrumpfende Regionen? Drei vielversprechende Ansätze werden oder wurden in einigen Gemeinden erprobt:

- **„Jung kauft Alt“.** Dieses kommunale Förderprogramm klingt fast wie das Baukindergehd: Es bezuschusst

„Jung kauft Alt“: Das Beispiel Hiddenhausen

Die Gemeinde Hiddenhausen gehört zum ostwestfälischen Kreis Herford und zählt knapp 20.000 Einwohner. Obwohl oder vielleicht auch weil die Kreisstadt Herford nah und die Großstädte Bielefeld und Osnabrück nicht weit entfernt sind, standen in Hiddenhausen Mitte der 2000er Jahre immer mehr Häuser und Wohnungen leer. Die Bevölkerung alterte zusehends.

Um diese Entwicklung aufzuhalten, erfand Hiddenhausen 2007 das Förderprogramm „Jung kauft Alt“: Es bezuschusst zunächst ein Altbau-Gutachten mit maximal 1.500 Euro und danach über sechs Jahre den Kauf des Gebäudes mit ebenfalls bis zu 1.500 Euro pro Jahr. Die Grundförderung liegt bei 600 Euro – je Kind kommen noch einmal 300 Euro dazu. Einzige Auflage: Der Altbau muss mindestens 25 Jahre auf dem Buckel haben. Er darf aber auch abgerissen und durch einen Neubau ersetzt werden.

Nach zehn Jahren ergab sich eine beeindruckende Bilanz: Hiddenhausen verbuchte mehr als 400 geförderte Hausübernahmen, verzeichnet seit 2010 per saldo Zuzüge statt wie zuvor eine Abwanderung, obwohl so gut wie kein Bauland mehr bereitgestellt wurde. Auch die Zahl der Kinder ist wieder gestiegen.

Inzwischen hat das Beispiel Hiddenhausen Schule gemacht: Das Programm „Jung kauft Alt“ wurde in weiteren Kommunen sowohl in Nordrhein-Westfalen als auch in Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen eingeführt.

junge Familien beim Bau oder Kauf von Wohneigentum. Mit einem Unterschied – es muss ein Altbau auf einer bereits bestehenden Siedlungsfläche im Spiel sein. Ob er lediglich saniert oder abgerissen und an seiner Stelle ein Neubau errichtet wird, ist im Prinzip egal. Im Fokus steht das übergeordnete Ziel, die Ortskerne zu beleben, den Werteverfall der Immobilien zu bremsen, die Zersiedelung zu stoppen und keine weiteren Flächen zuzubauen. Erfinder dieses Förderprogramms war im Jahr 2007 die nordrhein-westfälische Gemeinde Hiddenhausen (Kasten).

- **Bürgerfonds.** Die Stiftung trias unterstützt zusammen mit einigen Partnerinstituten derzeit in einem Modellversuch mit ihrem Sondervermögen „Bürgerfonds“ regionale Bürgergruppen in verschiedenen kleineren Städten beim Kauf von erhaltenswerten historischen Gebäuden. Die Bürgergruppen erhalten dafür ein Erbbaurecht,

zahlen einen Erbbauzins an den Fonds und engagieren sich zudem dafür, den Wert ihrer Immobilie zu erhalten.

- **Flächenzertifikatehandel.** Dieser Modellversuch wurde von 2012 bis 2017 vom Umweltbundesamt durchgeführt und vom IW geleitet. 87 Kommunen bekamen nach einem an der Einwohnerzahl orientierten Schlüssel kostenlos Zertifikate zugeteilt, die sie nur für die Ausweisung neuer Flächen im sogenannten Außenbereich einsetzen durften. Jene Gemeinden, die mehr Bauland auf der grünen Wiese brauchten, als ihnen zugestanden wurde, mussten Zertifikate zukaufen. Andere, die Baulandrechte übrig hatten, konnten sie verkaufen. So ließ sich zum einen eine Obergrenze für den jährlichen Flächenverbrauch steuern – und zum anderen wird auch nur dort neu gebaut, wo ein echter Bedarf besteht und es aus kommunaler Sicht daher lohnender ist, Bauland auszuweisen, als Flächenzertifikate zu verkaufen.

Interview. Längst nicht alle ländlichen Regionen sind auf dem absteigenden Ast. Was die schrumpfenden Gegenden von den prosperierenden lernen können – und warum sie lernen müssen –, darüber hat der iwd mit dem Soziologieprofessor **Rolf G. Heinze** von der Ruhr-Universität Bochum gesprochen.



Foto: Michael Claushallmann

„Wir beobachten eine Zersplitterung der Lebensverhältnisse“

Professor Heinze, während die Städte in Deutschland boomen, verlieren ohnehin schon dünn besiedelte Regionen Einwohner und werden für junge Menschen immer unattraktiver. Kann man da noch von einheitlichen Lebensverhältnissen sprechen?

Die regionalen Unterschiede wachsen in der Tat. Aber diese Feststellung auf den Unterschied zwischen Stadt und Land zu begrenzen, greift viel zu kurz. Man muss schon genau hinschauen: Es gibt offensichtlich abgehängte Landstriche, insbesondere im Osten Deutschlands, aber nicht jede dünn besiedelte Region ist auch strukturschwach und überaltert.

Welches sind denn die positiven Beispiele?

Dass es dem Münchner Umland gut geht, ist bekannt und auch nicht erstaunlich. Weniger geläufig ist vielleicht, dass Olpe und Gütersloh in Nordrhein-Westfalen zu den prosperierenden Kreisen gehören. Gütersloh profitiert von der Strahlkraft des Bertelsmann-Konzerns. Olpe ist zum einen Erholungsregion im Sauerland, zum anderen sind dort aber auch einige mittelständische Unternehmen ansässig. In Niedersachsen sind das Emsland sowie die Nachbarkreise Cloppenburg und Vechta so jung wie die Universitätsstadt Freiburg.

Vierorts bringt eine solche Betrachtung auf Kreisebene aber nicht genug Erkenntnisgewinn. Wir beobachten nämlich eine regelrechte Zersplitterung der Lebensverhältnisse. Es kann sogar im selben Kreis schrumpfende und wachsende Orte geben, so wie es eben auch in Städten abgehängte und angesagte Viertel gibt.

Zudem ist Landbewohner nicht gleich Landbewohner. Die soziale Ähnlichkeit verliert sich mehr und mehr. Die Landbevölkerung differenziert sich in die, die bleiben wollen, und jene, die bleiben müssen. Je nachdem, welche Kategorie überwiegt, entwickeln sich auch das Wohlstandsniveau der ländlichen Räume und ihre Infrastruktur höchst unterschiedlich.

Was machen die prosperierenden ländlichen Regionen richtig und die strukturschwachen falsch?

Von richtig und falsch würde ich gar nicht unbedingt sprechen. Schwierigkeiten haben gerade Regionen mit einem hohen Anteil von Einfamilienhäusern – aber das ist in Deutschland nun einmal die beliebteste Wohnform. Die Einfamilienhaussiedlungen sind oft von einer kollektiven Alterung betroffen, weil die Bewohner zu einer ähnlichen Zeit als junge Familie eingezogen sind und dann nicht mehr weggehen.

Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass ältere Menschen ungern umziehen. Viele 65- bis 85-Jährige wohnen schon sehr lange im gleichen Umfeld: Fast ein Drittel von ihnen lebt seit mehr als 40 Jahren an einem Ort. Diese Sesshaftigkeit ist generell bei Wohneigentümern wesentlich ausgeprägter als bei Mietern. Und auf dem Land zählt eben das Gros der Älteren zu den Hausbesitzern.

In meinen Augen ist es ein Gebot der Menschlichkeit, Lösungen zu finden, die es älteren Menschen ermöglichen, in ihrem gewohnten Umfeld zu bleiben – auch auf dem Land. Zumal viele von ihnen auch gar nicht umziehen können, selbst wenn sie wollten.

Was meinen Sie damit?

In alternden Einfamilienhausgebieten liegt oft vieles im Argen. Es gibt zu wenige Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten und die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ist häufig schlecht. Die sogenannte Daseinsvorsorge ist also nicht mehr gewährleistet. Das wiederum führt dazu, dass die Immobilienpreise fallen und sich die Häuser nicht zu einem Betrag verkaufen lassen, der ihren Besitzern den eigentlich ratsamen Umzug in eine besser versorgte Gemeinde ermöglichen würde. Vor allem einkommensschwache Haushalte sind in ihren unsanierten und nicht altengerechten Häusern regelrecht gefangen.

Wie ist denn den betroffenen Menschen und Orten zu helfen?

Potenzial liegt auf jeden Fall in der Digitalisierung. Es muss in unterversorgten Regionen möglich sein, Einkäufe und Bankaufträge online zu erledigen und auch bestimmte Gesundheitsdienstleistungen übers Netz zu erhalten, etwa eine Betreuung für Diabeteskranke. Wir müssen außerdem altengerechte technische Assistenzsysteme nutzen, die etwa einen flächendeckenden Notruf und Erinnerungsfunktionen für Menschen ohne Smartphone bieten sowie Sturzerkennungsmelder sein können. Das kann bis zu einem regelrechten Telehealth-Monitoring reichen, mit dem sich unter anderem Vitalparameter wie das EKG von Risikopatienten überwachen lassen.

Die Technik soll es also richten.

Nein, sie muss unterstützen. Wir brauchen auch funktionierende Nachbarschaftsnetzwerke – und zwar sowohl ganz klassisch analog als auch digital. Außerdem könnte eine integrierte Gesundheitsversorgung – bei der zum Beispiel der Hausarzt oder eine Pflegeeinrichtung alle erforderlichen Gesundheitsdienstleistungen koordiniert – in den Wohnquartieren dazu beitragen, dass ältere Menschen auf dem Land möglichst lange zu Hause bleiben können. Die Niederländer sind hier schon recht weit.

Darüber hinaus ist natürlich eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit nötig. Um das Wohnumfeld und die Lebensqualität des älteren Teils der Bevölkerung zu verbessern, sollten Kleinstädte in der Region zu sogenannten Ankerpunkten ausgebaut werden, in denen die medizinische Versorgung bereitsteht und zu denen sich ein Fahrdienst organisieren lässt. Solche regionalen Zentren mit ihrem größeren Angebot können auch für junge Familien attraktiver sein als so manch eine Großstadt.

Wie gelingt es, dass in einer Region alle an einem Strang ziehen?

Es steht und fällt am Ende mit den Menschen vor Ort. Eine besondere Rolle kommt oft einzelnen engagierten Personen wie dem Bürgermeister, dem Pfarrer oder einem lokalen Unternehmer zu, die im Zentrum verschiedener Netzwerke sitzen und mit ihrem Engagement die Fäden zusammenhalten. Wie gut solche regionalen Netzwerke funktionieren können und dass man dabei auch die Rolle der Kirche nicht unterschätzen darf, zeigt sehr anschaulich die Emslandstudie des Berlin-Instituts aus dem Jahr 2017.

Diese Studie hat am Beispiel des Emslands herausgearbeitet, wie eine periphere ländliche Region für junge Menschen und Familien attraktiv bleibt. Davon profitieren dann auch die Älteren in der Gegend.

Und was ist das Geheimnis des Emslands?

Seine Menschen. Spaß beiseite: Die Emsländer sind heimatverbunden und haben eine zupackende Art. Aber diese Heimatverbundenheit fällt nur im übertragenen Sinn vom Himmel. Sie entwickelt sich von Kindesbeinen an, etwa in den Sportvereinen oder durch die Kirche, die im katholischen Teil Niedersachsens einen besonders hohen Stellenwert genießt. Viele Emsländer wachsen so in Ehrenämtern hinein und sind auch in der Nachbarschaftshilfe sehr engagiert. Das große Potenzial an Eigeninitiative wird aber auf übergeordneten Ebenen kanalisiert und auch finanziell unterstützt. Es gibt hauptamtliche Ansprechpartner in den Kirchengemeinden und den Kommunen. Lokale Unternehmen helfen mit Spenden und Sponsoring.

Klingt nach einem Landleben aus dem Bilderbuch.

Der demografische Wandel geht auch am Emsland nicht vorbei. Auch dort steigt der Anteil älterer Menschen. Ein Ziel – nicht nur für das Emsland, sondern generell in dünn besiedelten Regionen – sollte es sein, den Tatendrang der jungen Älteren zu nutzen und diese 60- bis etwa 75-Jährigen ihren Kräften entsprechend in ehrenamtliche Aufgaben einzubeziehen – zum Beispiel als Begleiter für andere Senioren oder auch als Paten für Flüchtlinge.

Nutzen statt Kosten

Wohnungsmarkt. Vor allem in den Ballungsgebieten befürchten viele Bundesbürger, sich ihre Wohnungen bald nicht mehr leisten zu können. Ein Grund dafür ist, dass Vermieter einen Teil der Modernisierungskosten auf die Mieten umlegen können. Die Bundesregierung will diese Umlage nun kappen und begrenzen – nötig wäre stattdessen ein System, das den Mietaufschlag nicht nach den Kosten für die Vermieter bestimmt, sondern nach dem Nutzen für die Mieter.

Normalerweise sind in Deutschland starke Mietpreissteigerungen in bestehenden Verträgen weitgehend ausgeschlossen – es sei denn, es geht um die Modernisierungskosten. Wird eine Wohnung zum Beispiel energetisch saniert oder bekommt sie ein

neues Bad, dürfen Vermieter 11 Prozent der Kosten, die über den Instandhaltungskosten liegen, auf die Jahresmiete überwälzen. Je nach Höhe der Investitionen kann die Miete entsprechend steigen – selbst eine Verdopplung ist möglich.

Die Bundesregierung hat das Problem erkannt und will laut einem Referentenentwurf die Modernisierungsumlage auf 8 Prozent kappen und zudem auf maximal 3 Euro pro Quadratmeter begrenzen.

Tatsächlich geht es bei der Modernisierung von Wohnungen um immer mehr Geld (Grafik):

Im Jahr 2016 wurden in der Bundesrepublik insgesamt fast 136 Milliarden Euro in die Voll- und Teilmodernisierung sowie die Instandhaltung von Wohnungen investiert – das waren annähernd 10 Prozent mehr als im Jahr 2011.

Grundsätzlich ist daran nichts auszusetzen, ganz im Gegenteil: Die Modernisierung von Wohnungen ist wünschenswert, schließlich verlängert und verbessert das deren Nutzung. Hinzu kommt, dass die energetische Sanierung – auf die 2016 allein 38 Milliarden Euro entfielen – für die Energiewende und das Erreichen der Klimaschutzziele unabdingbar ist.

Modernisierung muss sich aber auch rechnen – und ob das mit einer reduzierten Umlage von 8 Prozent noch der Fall ist, hat das IW in verschiedenen Szenarien berechnet. Dafür wurden folgende Annahmen getroffen:

- Der Anteil der Instandsetzungskosten an den gesamten Modernisierungskosten wird mit 30 Prozent veranschlagt;

Modernisierung: Am liebsten häppchenweise

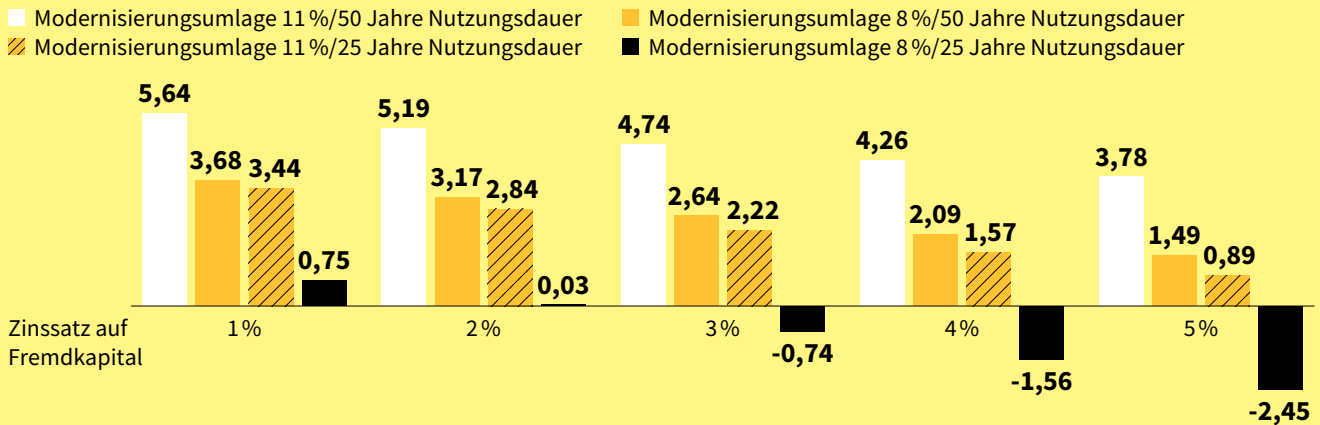
Bauleistungen im Wohnungsbestand in Milliarden Euro

	Voll- und Teilmodernisierungen	energetische Sanierung	Instandhaltungen
2011	7,95	100,46	39,78
2012	6,76	107,79	37,90
2013	4,66	109,73	35,99
2014	7,86	110,15	35,57
2015	7,55	111,20	34,06
2016	12,73	110,76	38,06

Quelle: DIW © 2018 IW Medien / iwd

Wann sich Modernisierungen rechnen - und wann nicht

Renditen einer Modernisierung von Wohnraum in Prozent



Annahmen: 30 Prozent der Modernisierungskosten entfallen auf Instandhaltung und können damit auf die Jahresmiete überwältigt werden; die Fremdkapitalquote beträgt 50 Prozent

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

- **die Nutzungsdauer der Investition** beträgt 25 oder 50 Jahre;
- **der Zinssatz für das Fremdkapital** liegt zwischen 1 und 5 Prozent, wobei eine Fremdkapitalquote von 50 Prozent unterstellt wird;
- **der Steuersatz auf die Erträge** wird auf den durchschnittlichen Steuersatz von 22,5 Prozent taxiert;
- **und die Modernisierungsumlage** beträgt 11 Prozent (derzeitige Umlage) beziehungsweise 8 Prozent (geplante Umlage).

Rechnet man nun eine Modernisierung mit diesen Variablen durch, ergeben sich große Unterschiede bei den Renditen (Grafik):

Bei einer Modernisierungsumlage von 11 Prozent sind die Renditen in allen Fällen positiv – je nach Nutzungsdauer und Zinssatz für Fremdkapital liegen sie zwischen 0,9 und 5,6 Prozent.

Ganz anders sieht es aus, wenn die Modernisierungsumlage schrumpft:

Bei einer Umlage von 8 Prozent sind die Renditen nur bei einer Nutzungsdauer von 50 Jahren bei allen Zinssätzen positiv – bei 25 Jahren werden sie ab einem

Zinsniveau von etwas mehr als 2 Prozent negativ.

Die Ergebnisse zeigen, dass eine Absenkung der Umlage auf 8 Prozent problematisch ist. Denn schon bei etwas höheren Zinsen sind viele Modernisierungen unrentabel und werden deshalb unterbleiben. Darüber hinaus zeigen die Berechnungen aber auch, dass es einen Anreiz gibt, möglichst viel zu sanieren, wenn die Renditen hoch sind.

Deshalb wäre es sinnvoll, bei der Modernisierungsumlage nicht die Kosten der Vermieter mit dem Mietaufschlag zu verknüpfen, sondern den Nutzen der Mieter. Dieser Ansatz geht davon aus, dass Mieter durchaus bereit sind, zum Beispiel für einen Balkon oder ein neues Bad einen Aufschlag zu zahlen. Die Frage ist nur: Wie hoch sollen diese Aufschläge jeweils sein?

Um das zu bestimmen, schlägt das IW den Aufbau einer umfangreichen Mietpreisdatenbank vor, aus der die Aufschläge für einzelne Modernisierungsmaßnahmen abgeleitet werden. In den Niederlanden zum Beispiel gibt es ein solches System bereits.

Die angedachte Reform lässt sich zwar nicht kurzfristig realisieren, auf lange Sicht aber hätte sie Vorteile:

Höheres Kostenbewusstsein.

Die Vermieter würden kostenbewusster agieren und nur jene Maßnahmen umsetzen, die sich auch rechnen. Denn warum zum Beispiel ein Luxusbad einbauen, wenn der Markt das nicht mit entsprechenden Aufschlägen honoriert?

Mehr Informationen. Über die Mietpreisdatenbank erhalten Vermieter und Mieter sehr genaue Auskünfte über den aktuellen Wohnungsmarkt.

Kostenersparnis für die Städte.

Der Aufbau einer Mietpreisdatenbank kostet zwar viel Geld – diese Kosten fallen aber nur einmalig an und die Folgekosten sind gering. Die Kosten der bisherigen Mietpreisspiegel dagegen sind hoch und fallen regelmäßig an.

IW Policy Paper

Michael Voigtländer: Die Modernisierungsumlage zwischen Investitionshemmnis und Mieterüberforderung
iwkoeln.de/modernisierung

Zoll um Zoll um Zoll ...

Handelspolitik. Seit US-Präsident Donald Trump die ersten Strafzölle auf Stahl und Aluminium verhängt hat, eskaliert der Handelsstreit. Immer mehr Staaten erheben Vergeltungszölle und setzen damit auch amerikanische Unternehmen weiter unter Druck.

Tee, Bananen, Käse, Getreide, Uhren oder Autos: Wenn es um Zölle geht, kann es jede Ware treffen. Und weil kein Land damit einverstanden ist, wenn ausgerechnet die eigenen Exportschlager mit „Handelsschutzinstrumenten“ – so heißen Strafzölle beschönigend – belegt werden, keilt man halt zurück. Und schon ist der Handelskrieg entfacht.

Zölle sind kein neues Instrument der Handelspolitik, es gab sie schon im Altertum und im Mittelalter. Und manche halten sich erstaunlich lange: Bis heute sorgt der in den 1960er Jahren geführte „Chicken War“ dafür, dass für Pick-ups, die nach Amerika eingeführt werden, ein 25-prozentiger Zoll fällig wird. Diesen Vergeltungszoll verhängte der damalige US-Präsident Lyndon B. Johnson, weil Westdeutschland und Frankreich sich zuvor dafür eingesetzt hatten, dass billiges US-Hähnchenfleisch, das massenweise in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft importiert wurde, mit einer saftigen Ausgleichsabgabe belegt wurde.

Doch während Geflügel mittlerweile wieder den Atlantik passieren darf, solange die strengen lebensmittelrechtlichen EU-Vorschriften eingehalten werden und der ausländische Betrieb für den Export in die EU zugelassen ist – momentan erfüllen 30 US-Unternehmen diese Kriterien –, ist der US-Zoll für Nutzfahrzeuge nach wie vor in Kraft.

Ganz so einfach ist es mit der willkürlichen Verhängung von Strafzöllen auf ungeliebte Importprodukte heute nicht mehr. Mit der Gründung der Welthandelsorganisation WTO verpflichteten sich die Vertragspartner 1995 unter anderem auf kollektive Zollsensungen sowie eine Nichtdiskriminierung von ausländischen gegenüber inländischen Produkten. Der WTO gehören mittlerweile 164 Länder an – die USA waren übrigens Gründungsmitglied

und haben die Regeln der Organisation maßgeblich mitgestaltet.

Doch seit Donald Trump US-Präsident ist, hat der Zank um den Zoll wieder mächtig Fahrt aufgenommen (vgl. iwd 7/2018). Um „America great again“ zu machen, setzen die USA verstärkt auf Abgaben – so werden seit dem 23. März dieses Jahres 25 Prozent Zoll auf Stahl und 10 Prozent Zoll auf Aluminium fällig, beide Zölle gelten seit dem 1. Juni auch für die Europäische Union. Erlaubt sind solche Handelshemmnisse eigentlich nicht, doch die WTO-Vorläuferorganisation GATT hat ein paar Ausnahmeregelungen zugelassen: Die Mitgliedsstaaten können Zölle und andere Handelsbeschränkungen einführen, wenn sie bei aus dem Ausland eingeführten Gütern Dumpingpreise feststellen, wenn eine Branche durch ein unvorhergesehenes Ereignis substanziell durch Importe gefährdet ist oder wenn durch Importe die nationale Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist.

Trump beruft sich bei seinen jüngsten Zollmaßnahmen auf die Gefährdung der nationalen Sicherheit – diese sieht er durch die hohe Abhängigkeit von Stahl- und Aluminiumimporten bedroht. Und tatsächlich sind die USA Nettoimporteur von Stahl (Grafik Seite 9):

Im Jahr 2017 verbrauchten die USA fast 100 Millionen Tonnen Stahl, selbst stellten sie nur knapp 82 Millionen Tonnen her.

Stahlhandel: Die 15 größten Nettoexporteure

in Millionen Tonnen im Jahr 2017

China	60,9
Japan	31,2
Rusland	24,9
Ukraine	13,8
Brasilien	13,0
Südkorea	12,0
Indien	7,5
Taiwan	4,7
Iran	4,4
Belgien	4,0
Österreich	3,3
Slowakei	2,2
Niederlande	2,1
Luxemburg	1,9
Südafrika	1,4

Quelle: World Steel Association
© 2018 IW Medien / iwd

Trotz der Nettoimporte verfügen die Vereinigten Staaten über eine gut ausgebaute eigene Stahlproduktion, die im Fall der Fälle zur Wahrung der nationalen Sicherheit mehr als ausreichen dürfte. Hinzu kommt, dass die USA das Argument der nationalen Sicherheit zuletzt während des Kalten Kriegs angewendet haben. Heute sind die politischen Verhältnisse anders und es ist fraglich, ob die WTO die Abhängigkeit Amerikas von Stahl- und Aluminiumimporten unter Sicherheitsaspekten aktuell genauso einschätzt wie zu Ostblockzeiten.

Doch solange die WTO nicht eingreift, verändert sich der Markt: Aufgrund der Zölle steigen die Stahl- und Aluminiumpreise in den USA, einige stahlverarbeitende amerikanische Unternehmen haben bereits Ausnahmegenehmigungen für ihre Stahlimporte erwirkt oder beantragt. Die übrigen Firmen müssen versuchen, die Mehrkosten aufgrund der Importzölle auf ihre Kunden abzuwälzen. Gelingt dies nicht, drohen Gewinneinbußen und Auftragsverluste.

Auf dem Stahlmarkt selbst wird es zu Umlenkungseffekten kommen. Hersteller, die ihre Produkte bisher in die USA verkauften, werden versuchen, auf andere Märkte auszuweichen. Das wird die schwierige Situation auf dem globalen Stahlmarkt weiter verschärfen:

Bereits 2017 belief sich die Überproduktion von Stahl weltweit auf mehr als 100 Millionen Tonnen.

Wenn die amerikanischen Stahlunternehmen aufgrund der Importzölle nun außerdem die Produktion steigern sollten, wird dies das globale Überangebot zusätzlich vergrößern – was wiederum zu sinkenden Stahlpreisen auf den Weltmärkten führt und die gesamte Stahlindustrie gefährdet.

Stahl: Die zehn größten Produzenten und Verbraucher

im Jahr 2017

Rohstahlherstellung in Millionen Tonnen		Stahlverbrauch in Millionen Tonnen		Verbrauch je Einwohner in Kilogramm	
China	831,7	China	736,8	Südkorea	1.106,3
Japan	104,7	USA	97,7	Taiwan	747,1
Indien	101,4	Indien	87,2	Tschechien	663,3
USA	81,6	Japan	64,4	China	522,8
Russland	71,3	Südkorea	56,4	Deutschland	508,5
Südkorea	71,0	Deutschland	41,8	Japan	505,5
Deutschland	43,4	Russland	40,6	Österreich	460,8
Türkei	37,5	Türkei	36,1	Kanada	453,4
Brasilien	34,4	Mexiko	26,4	Türkei	446,5
Italien	24,1	Italien	24,5	Schweden	416,3
Weltweit	1.689,0		1.587,4		214,5

Quelle: World Steel Association
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Doch nicht nur der Stahlmarkt kommt unter Druck. Viele Länder reagieren auf die von den USA verhängten Einfuhrzölle mit Vergeltungsmaßnahmen. Als Gegenreaktion auf den neuen Protektionismus der USA verhängte China – der größte Nettostahlexporteur (Grafik Seite 8) – im April Vergeltungszölle auf 128 US-Produkte. Seitdem sind die Ausfuhren von amerikanischem Schweinefleisch, Wein und Obst – aktuell ist Kirschernte – Richtung Asien rapide gesunken. Viele Bauern in den USA fürchten um ihr Geschäft, schließlich ist China mit annähernd 20 Milliarden Dollar Umsatz der zweitgrößte Absatzmarkt für landwirtschaftliche Produkte.

Auch die EU hat schon reagiert – mit einer WTO-Klage, der Prüfung sogenannter Safeguard Measures zum Schutz der heimischen Stahlindustrie und mit 25-prozentigen Vergeltungszöllen auf US-Waren im Wert von 2,8 Milliarden Euro. Seit dem 22. Juni unterliegen Eisen- und Stahlprodukte, aber auch typisch

amerikanische Artikel wie Bourbon, Erdnussbutter und Levi's-Jeans an den EU-Außengrenzen dem Strafzoll.

Der US-Motorradhersteller Harley-Davidson, für dessen Erzeugnisse der Zollsatz in Europa von 6 auf 31 Prozent stieg, kündigte bereits Ende Juni an, weitere Teile seiner Produktion ins Ausland zu verlagern. Damit will Harley-Davidson die europäischen Zölle umgehen, die laut Unternehmensangaben jedes einzelne in Europa verkaufte Motorrad um 2.200 Dollar teurer machen würden.

Und was tut Präsident Donald Trump? Er bleibt auf Eskalationskurs und droht mit 20-prozentigen Strafzöllen auf europäische Autos. Die ersten deutschen Autohersteller haben ihre Gewinnprognosen für das laufende Jahr bereits nach unten korrigiert. Die größten Verlierer werden allerdings die Verbraucher sein – geht der Handelsstreit weiter, drohen ihnen höhere Preise und schlimmstenfalls der Verlust des Arbeitsplatzes.

Der vielschichtige Typ

AfD-Wähler. Die rechtspopulistische AfD wurde bei der Bundestagswahl 2017 mit 12,6 Prozent der Stimmen drittstärkste Kraft. Mithilfe einfacher Erklärungsmuster lässt sich der Wahlerfolg der AfD allerdings nicht nachvollziehen. Denn die AfD-Hochburgen unterscheiden sich sehr.

Der Erfolg der Alternative für Deutschland (AfD) wird gerne mit Stereotypen begründet: AfD-Wähler gelten als arm, manchmal auch als arbeitslos; und AfD-Hochburgen als „abgehängt“. Reflexartig plädieren Politiker unterschiedlichster Couleur deshalb für regionalpolitische Förderung. Ein Blick auf die vier Cluster in Deutschland, in denen die AfD bei der Bundestagswahl im September 2017 überproportional viele Zweitstimmen erhalten hat, widerlegt diese These allerdings (Grafik):

Es gibt kaum eindeutige Determinanten für das Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl.

So ist etwa die wirtschaftliche Schwäche einer Region allein kein hinreichender Grund für den AfD-Erfolg. Denn dafür schnitt die Partei im wirtschaftlich prosperierenden Süden Deutschlands zu gut ab – und in schwachen Gebieten NRWs und Norddeutschlands zu schlecht.

Zwei stereotypische Regionen mit hohem AfD-Stimmenanteil im Detail:

Das Ruhrgebiet mit seinen AfD-Hochburgen Essen, Duisburg und Gelsenkirchen zeichnet sich durch eine besonders hohe Bevölkerungsdichte und einen überproportionalen Rückgang der Industriebeschäftigung aus. Diese Regionen im

Ruhrgebiet lassen sich als wirtschaftlich abgehängt bezeichnen. Insgesamt stammen von den bundesweit 4,1 Millionen AfD-Wählern jedoch nur 70.000 aus diesen drei Wahlkreisen.

Die süddeutschen Industriestädte, zu denen unter anderem die Wahlkreise Ingolstadt und Heilbronn gehören, stehen wirtschaftlich dagegen sehr gut da: Die verfügbaren Durchschnittseinkommen liegen weit

über dem Bundesdurchschnitt und auch die Arbeitslosenquote ist mit 4,1 Prozent außerordentlich niedrig.

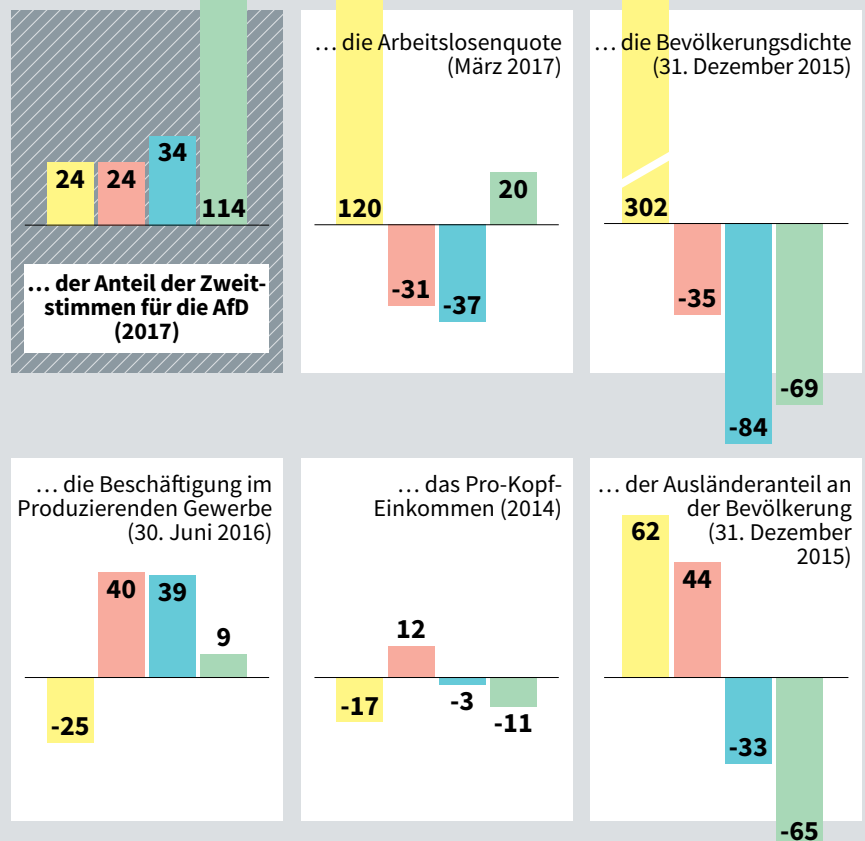
IW-Kurzbericht

Knut Bergmann, Matthias Diermeier, Judith Niehues: Bundestagswahl 2017 – AfD-Ergebnis nicht allein durch abgehängte Regionen erklärbar
iwkoeln.de/afd

AfD-Hochburgen: Nicht zwingend abgehängte Regionen

In diesen vier Clustern von AfD-Hochburgen weicht ... um so viel Prozent vom Bundesdurchschnitt ab

- Ruhrgebiet (darunter die Wahlkreise Essen und Duisburg)
- Süddeutsche Industriestädte (darunter die Wahlkreise Ingolstadt und Heilbronn)
- Ländliche Regionen Ostbayerns (darunter die Wahlkreise Passau und Deggendorf)
- Vorwiegend ostdeutsche Regionen (darunter die Wahlkreise Chemnitz und Meißen)



Ursprungsdaten: Bundeswahlleiter
© 2018 IW Medien / iwd

In die eigene Pipeline geschnitten

USA. Vor zehn Jahren kosteten die beiden Erdölsorten Brent und WTI etwa gleich viel. Mittlerweile ist das amerikanische WTI deutlich günstiger als das europäische Brent-Pendant. Das liegt vor allem daran, dass die USA über keine ausreichende Pipeline-Infrastruktur verfügen. Ausgerechnet Donald Trumps Schutzzölle auf Stahl könnten den Preisabstand nun weiter vergrößern.

Mit dem Hering fing alles an: Der eingelegte Fisch wurde früher in Holzfässern gelagert, die 159 Liter fassten. Im 18. Jahrhundert begann man dann im Elsass, Erdöl in eben diese gereinigten Heringsfässer zu füllen.

Heute sind die Fässer zwar größer und aus Metall, doch die 159 Liter des einstigen Volumens sind weiterhin das Maß der Dinge: Ein Barrel – also ein Fass – Öl ist die Einheit, die an den Rohstoffbörsen gehandelt wird.

Zwei Ölsorten dominieren dabei die westliche Welt: das Nordsee-Öl Brent für Europa und West Texas Intermediate, kurz WTI, in den USA. Vor zehn Jahren lagen die beiden Rohölsorten preislich gleichauf, WTI war sogar etwas teurer. Das hat sich geändert (Grafik):

Mittlerweile ist das amerikanische WTI-Erdöl für etwa 10 Dollar weniger je Barrel zu haben als das europäische Brent.

Um zu verstehen, warum sich die Preise so entwickelt haben, muss man verschiedene Einflussfaktoren der vergangenen Jahre berücksichtigen. Ganz zentral ist dabei das Fracking. Bei dieser Methode wird unterirdisch gebundenes Gas oder Öl mithilfe von Bohrungen und der Erzeugung von Rissen unter hohem Druck gewonnen. Das Verfahren ist allerdings nicht unumstritten: Umweltschützer haben große Vorbehalte, da die Fördermethode im Verdacht steht, das Grundwasser zu verunreinigen und zur weiteren Flächenversiegelung beizutragen.

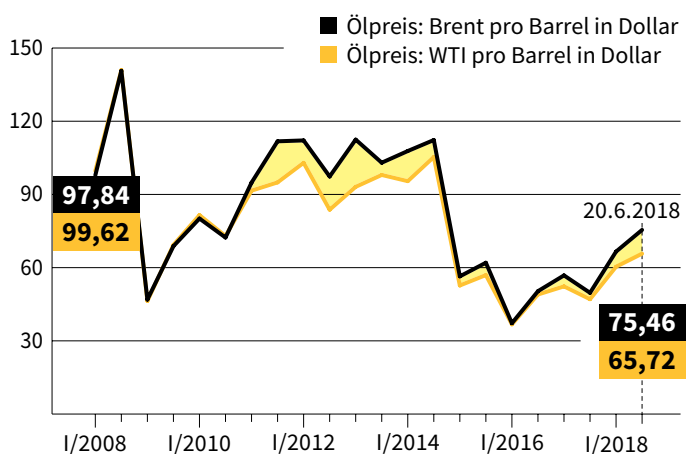
Nichtsdestotrotz wird Fracking in den Vereinigten Staaten umfassend und – der technische Fortschritt macht es möglich – immer kostengünstiger praktiziert, mit weitreichenden wirtschaftspolitischen Folgen:

Ende 2015 haben die USA ihr Rohölexportverbot aufgehoben, das nach der Ölkrise 1975 in Kraft gesetzt worden war.

Schon 2012 hatte sich das abgezeichnet. Da wurden Pipelines, die Öl ins größte Tanklager der Welt nach

Rohöl: Ein Produkt, zwei Preise

So viel Dollar kostete ein Barrel Leichtrohöl der europäischen Sorte Brent und der amerikanischen Sorte WTI jeweils am ersten Handelstag eines Halbjahres



Quelle: Bloomberg
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Oklahoma transportierten, „umgedreht“. Seither fließt das Öl zur Golfküste, um ins Ausland verkauft zu werden.

Doch die Pipelines reichen nicht mehr und neue werden gebaut. Aber das dauert. Und solange es WTI-Öl in den USA im Überfluss gibt, es aber nur schwer zum Kunden findet, kommt es zu den Preisabschlägen.

US-Präsident Donald Trump hat die Situation nun durch seine Strafzölle für Stahlimporte verschärft. Denn laut amerikanischen Medienberichten stammen drei Viertel des Stahls für die US-Pipeline-Projekte aus dem Ausland. Da ist es kein Wunder, dass die Pipeline-Entwickler bereits eine Zollbefreiung für ihre Projekte beantragt haben. Würde die gewährt, gilt es als ausgemacht, dass andere stahlintensive Sektoren das gleiche Recht einfordern.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Chefredakteur: Ulrich von Lampe (verantwortlich)

Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Anja Hüpper

Grafik: IW Medien GmbH

Telefon: 0221 4981-255

Fax: 0221 4981-99255

E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Therese Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de

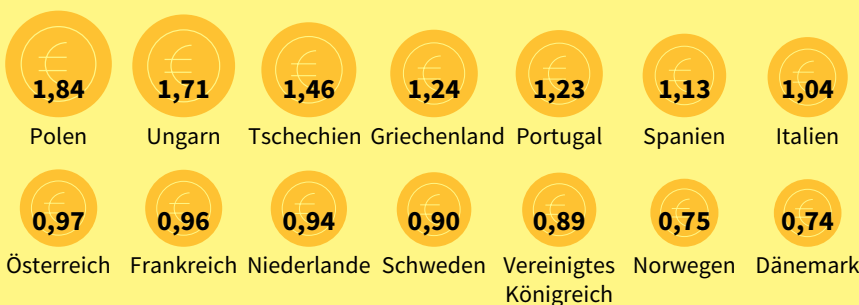


Top-Liste: Prassen oder knausern?

Euro ist gleich Euro? Das gilt nur bedingt, denn die Kaufkraft des Geldes ist von Land zu Land unterschiedlich. In Polen etwa bekommen Urlauber aus Deutschland für 1 Euro Waren und Dienstleistungen im Wert von 1,84 Euro – da lohnt es sich, zu shoppen und zu schmausen. In den meisten skandinavischen Ländern sowie in den Nachbarstaaten Frankreich, Österreich und den Niederlanden müssen Reisende dagegen für alles tiefer in die Tasche greifen als in Deutschland. Besonders ungünstig ist das Preis-Leistungs-Verhältnis in der Schweiz: Die Kaufkraft des Euro beträgt dort nur 71 Cent.

Urlaubskasse: Wo das Preis-Leistungs-Verhältnis lockt

In diesen Ländern erhalten Besucher aus Deutschland für 1 Euro Waren und Dienstleistungen im Wert von ...



Stand: April 2018; Quelle: OECD
 © 2018 IW Medien / iwd



JUNIOR Bundeswettbewerb

Drummel reist durch Europa

Ihre Professionalität hat die Jury überzeugt: Das Team des JUNIOR Start-ups „dot. – Drummel on Tour“ vom Gymnasium St. Christophorus in Werne jubelte am 22. Juni in Berlin über den Sieg beim diesjährigen Bundeswettbewerb der Schülerfirmen. Mit ihrem selbst geschriebenen und gestalteten Buch, in dem die Figur Drummel quer durch Europa reist und viele Abenteuer erlebt, bringen die Jungunternehmer Kindern die europäische Idee näher.

Welche Konzepte die Wettbewerbsjury unter dem Vorsitz von IW-Direktor Michael Hüther außerdem ausgezeichnet hat – und alles Weitere zu den JUNIOR Schülerfirmenprogrammen –, erfahren Sie auf junior-programme.de.

Fakten – zum Fußball und zum Fachsimpeln

Wer wird Fußballweltmeister? Deutschland ist in Russland zwar schon in der Vorrunde ausgeschieden, dennoch beschäftigt die Frage weiterhin viele. Für all jene, die sich nicht nur für das rein sportliche Fachsimpeln begeistern, gibt es die Website faktenflanke.de: Das Portal der IW Medien liefert „Wirtschaftswissen für die Halbzeitpause“ – launig geschriebene Texte und übersichtliche Infoboxen zu allen 32 WM-Teilnehmerländern. Hier erfahren Sie beispielsweise, warum die Kroaten nicht nur auf dem Platz eine emotionale Achterbahnfahrt erlebten. Wenn Sie zudem pünktlich zum Pausenpfiff der Spiele mit Zusatzwissen zur Partie versorgt werden möchten, können Sie den WhatsApp-Newsletter abonnieren – wie das funktioniert, steht ebenfalls auf faktenflanke.de.

Neu

